



**Human Dimension Implementation Meeting**  
**Eröffnungssitzung in Warschau, 19. September 2016**  
**Martin Hasler, Zweiter Sekretär, Amt für Auswärtige Angelegenheiten**  
**Fürstentum Liechtenstein**

---

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Einleitend möchte ich mich im Namen Liechtensteins beim OSZE-Vorsitz, dem ODIHR und der polnischen Regierung für die Ausrichtung des diesjährigen HDIM bedanken.

Die Menschenrechtssituation im OSZE-Raum hat sich im vergangenen Jahr erneut verschlechtert. Zu diesem Prozess beigetragen haben einerseits bewaffnete Konflikte, andererseits ein enger Fokus auf Sicherheitsmassnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, teilweise unter ungenügender Berücksichtigung der Menschenrechte. Besorgnis erregend ist auch der aufflammende Nationalismus und Populismus zu Lasten der Schutzbedürftigen und Asylsuchenden, die nach Europa kommen. Angesichts dieser Tendenzen gilt es, sich einmal mehr in Erinnerung zu rufen, dass die Einhaltung der Menschenrechte zu den Grundprinzipien der OSZE gehört, zu dem sich alle Teilnehmerstaaten verpflichtet haben, und integraler Bestandteil des umfassenden Sicherheitsbegriffs der OSZE ist.

Liechtenstein verfolgt mit Sorge, wie die Handlungsfähigkeit der unabhängigen Institutionen der OSZE – das betrifft das ODIHR genauso wie die Vertreterin für Medienfreiheit und das Hochkommissariat für Nationale Minderheiten – gerade in diesem schwierigen Umfeld eingeschränkt wird. Den OSZE-Institutionen muss gebührende Unterstützung zukommen. Sie sind unerlässliche Instrumente, um Konflikte zu verhindern, frühzeitig zu erkennen und nachhaltig zu lösen. Besonders in Personal- und Budgetfragen sind die Teilnehmerstaaten verantwortlich dafür, die Wirksamkeit dieser wichtigen Akteure zu gewährleisten und zu fördern.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Durch seine freiwillige finanzielle Unterstützung trägt Liechtenstein in wichtigen Bereichen zur Arbeit des ODIHR bei. Mit seinen Beiträgen an den Fonds zur Überprüfung von Gesetzesvorhaben sowie an das Programm zu Menschenrechten und Terrorismusbekämpfung ist Liechtenstein ein langjähriger und verlässlicher Partner, der die Arbeit des ODIHR in diesen und anderen Bereichen ausserordentlich schätzt.

Auch im Inland arbeitete Liechtenstein im vergangenen Jahr daran, seine Verpflichtungen im Rahmen der menschlichen Dimension konkret umzusetzen. Liechtenstein misst in diesem Zusammenhang der Erfüllung seiner Berichterstattungspflichten gegenüber dem ODIHR und anderen internationalen Gremien hohe Priorität bei. Gleichzeitig gilt es, auch in diesem Bereich nach Effizienz und der Vermeidung von Doppelspurigkeiten zu streben. Zudem wurde die Schaffung einer unabhängigen Menschenrechtsinstitution entscheidend vorangetrieben: Das Parlament wird ein entsprechendes Gesetz voraussichtlich noch dieses Jahr verabschieden. Für die Parlamentswahlen im Frühling 2017 wird das ODIHR zur Entsendung von Wahlbeobachtern eingeladen. Als weiteren Höhepunkt freuen wir uns auf den Besuch von Direktor Link kommenden Monat, um einen offenen und konstruktiven Dialog über die Umsetzung unserer Verpflichtungen in der menschlichen Dimension zu führen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Liechtenstein gehört zu den überzeugten Unterstützern der UNO-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Im Sinne der Nutzung von Synergien und gemeinsamer Ziele internationaler Organisationen würden wir uns wünschen, dass das Engagement der OSZE in diesem Bereich weiter verstärkt wird. Denn unterschiedliche Auswirkungen von Konflikten auf Männer und Frauen zu erkennen und in politische Entscheidungen einzubeziehen, ist ein Gebot der Nachhaltigkeit: Der Einbezug von Frauen in Konfliktlösungsprozesse fördert nachweislich die Schaffung eines dauerhaften und echten Friedens.

Liechtenstein begrüsst ausserdem die Zusammenarbeit der OSZE mit dem Europarat zum Schutz von Grundrechten im Internet. Der freie Austausch und die Suche nach Informationen sind zentral für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft. Vor dem Hintergrund von Zensur und der Beschränkung des Internetzugangs ist dieser Grundsatz einmal mehr zu betonen. Zudem birgt die Erosion der Privatsphäre durch Staaten und andere Akteure erhebliche Gefahren für die Grundrechte: Einen wirklich freien Austausch von Meinungen im In-

ternet kann es nur geben, wenn die Menschen sich darauf verlassen können, dass ihre Privatsphäre gewahrt bleibt.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.